

Vollmundige Ansagen

Von Nadine Conti

Minden

(mt). Zweimal wurde die Veranstaltung schon im Vorfeld in einen größeren Raum verlegt. Und am Ende war auch der Festsaal Marien der Diakonie Stiftung Salem gerappelt voll und es mussten noch Stühle herbeigetragen werden.

Fast 200 Erzieherinnen, Kitaleiterinnen, Fachberaterinnen und Trägervertreter waren der Einladung der hiesigen SPD-Landtagsabgeordneten Inge Howe und Ernst-Wilhelm Rahe gefolgt – und ihre Mienen waren alles andere als heiter.

Der Leidensdruck in den Einrichtungen ist hoch. Die chronische Unterfinanzierung macht sich mit jedem Jahr mehr bemerkbar, die Rücklagen sind aufgebraucht, der hohe Tarifabschluss im vergangenen Jahr hat vielen – vor allem freien Trägern – den Rest gegeben.

Schuld daran ist vor allem die Deckungslücke, die entsteht, weil die Kosten der Träger (Preissteigerungen, Energie- und Personalkosten) deutlich schneller steigen als die Zuweisungen des Landes über die Kindpauschale (derzeit 1,5 Prozent jährlich). Die Differenz muss von den Kommunen oder den Trägern selbst ausgeglichen werden – was allerdings je nach Ort und je nach Kassenlage unterschiedlich gehandhabt wird.

Howe und Rahe hatten – zum zweiten Mal – ihren Fraktionskollegen und Sprecher im Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend, Wolfgang Jörg, als Fachreferenten eingeladen. Der verkündete vor allem eine Botschaft: „Wir arbeiten dran“ und „alles wird besser“.

Erst einmal erinnerte er seine Zuhörer aber daran, dass das ungeliebte Kinderbildungsgesetz (Kibiz) ja keine SPD-Erfindung ist. Es stammt noch aus der Ära Laschet, der bis 2010 unter CDU-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers Familienminister war. Er selbst habe gegen das Kibiz demonstriert und auch dagegen gestimmt, stellte Jörg klar.

Mit dem (in dem Gesetz vorgeschriebenen) Revisionsverfahren musste sich dann gleichwohl die nun regierende SPD herumplagen, ein zäher, mühseliger Prozess, der mittlerweile zur zweiten Revision und aus Sicht der meisten Betroffenen zu eher marginalen Verbesserungen geführt hat.

Zum 1. August dieses Jahres wird die jüngste Kibiz-Änderung in Kraft treten: Mit ihr stockt die Landesregierung noch einmal auf, um sieben Prozent soll sich der Landesanteil erhöhen, die Dynamisierung der Kindpauschalen steigt von 1,5 Prozent auf drei Prozent. Außerdem strebt die rot-grüne Regierungsfraktion ein vollständig neues Gesetz an. Es soll das Kibiz ablösen und nach Möglichkeit auch anders heißen. Bis zum Ende des Jahres sollen die Eckpunkte stehen und zwar so, dass keiner mehr dahinter zurückkann – „egal, wer dann an der Regierung ist“, sagt Jörg im Hinblick auf die Landtagswahlen im kommenden Jahr. Deshalb ist er hier: Um diese Eckpunkte frühzeitig mit den Betroffenen zu diskutieren – und nebenbei ein bisschen Wahlkampf zu machen und das ein oder andere Loblied auf die Landesmutter anzustimmen.

Zu den wichtigsten Eckpunkten, die Wolfgang Jörg skizzierte gehörten:

Personaleinsatz:

Die Anzahl der zu betreuenden Kinder pro Fachkraft soll sinken. Allerdings sollen nicht einfach mehr Fachkräfte in die Gruppen gehen, sondern eher die Gruppengrößen reduziert werden. Außerdem soll die Freistellung für Leitungsaufgaben neu geregelt werden, ebenso wie Zeiten für Vor- und Nachbereitung angerechnet werden. Multiprofessionelle Teams sollen gefördert, verbindliche Regelungen für Springer und Vertretungen festgeschrieben werden.

Buchungszeiten:

Auch über die starren Buchungszeiten (25, 35, 45 Stunden) wird nachgedacht. Ein Alternativmodell gibt es noch nicht. Auch die Gruppenformbeschreibungen, die das Kibiz bisher vornimmt, könnten möglicherweise fallen – sie dienten ohnehin eher der Finanzplanung als pädagogischen Erwägungen, sagt Jörg.

Förderschwerpunkte:

19 Förderschwerpunkte, die einzeln beantragt, nachgewiesen und geprüft werden müssen, listet das Kibiz bisher auf. Die SPD strebt an, diese zu reduzieren – möglich wäre etwa eine anderthalbfache Kindpauschale für sozial benachteiligte Kinder, analog zu dem 3,5-fachen Satz, den die Kita für ein behindertes Kind erhält.

Gegen diese Punkte hatte das versammelte Fachpublikum auch nicht viel einzuwenden. Kritisiert wurde vielmehr, dass die akute Finanznot damit nicht gelöst wird. Das räumte Jörg auch ein, eine rückwirkende Finanzierung sei aber eben nicht möglich – hier wären die Kommunen in der Pflicht.

Auch die unterschiedlichen Vergütungen, unsichere Beschäftigungsverhältnisse und der Mangel an Plätzen für Anerkennungspraktikanten beschäftigten die Teilnehmer aus dem Publikum – hier musste Jörg letztlich an die Träger und Tarifparteien verweisen.

Nachfragen nach der konkreten Ausgestaltung des Gesetzes und vor allem der Finanzierung konnte der Fachreferent zu diesem Zeitpunkt auch noch nicht beantworten: Man wolle deutlich mehr Geld für den Bereich der Elementarbildung.

Deutlich mehr Geld für den Bereich der Elementarbildung ist wünschenswert.